Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Das Gesetz über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten** ist im Entwurf fertiggestellt. Der vorliegende Entwurf sichert den Angestellten das Mitbestimmungsrecht in weitgehender Weise. Als Grundlage für die Beratungen dienten die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kürzlich abgeschlossenen Verträge. Man stützte sich also auf die Abmachungen, die im Bankgewerbe, Versicherungswesen und in der Metallindustrie bereits vorliegen. Der Entwurf gibt den Angestellten zunächst das prinzipielle Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen, in bedingter Weise auch bei Beförderungen und Neueinstellungen. Namentlich in dem letzten Punkt wird man die endgültige Formulierung erst im Laufe der kommenden Besprechungen finden. Der Betriebsrat soll nur für die Angestellten bis zu einer gewissen Gehaltsstufe (12 000 Mark) zuständig sein, für das Engagement der Angestellten in leitender Stellung dagegen soll der Geschäftsleitung freie Hand verbleiben. Von den Verhandlungen mit den einzelnen Körperschaften im Reichsarbeitsministerium wird es abhängen, ob der Entwurf in seiner jetzigen Fassung der Nationalversammlung vorgelegt wird.

✦ **Eine Reichsvorlage zur Regelung der Spartakusschäden.** Wie wir hören, liegt dem Staatenausschuß eine Vorlage vor, die die Schadenersatzfrage für die Schäden infolge der Spartakusunruhen regelt. Der Entwurf bringt Bestimmungen über die Verteilung der Schäden auf Reich, Staat und Gemeinden. Die Reichsregierung stellt sich mit diesem Entwurf auf den Standpunkt, daß es unbillig wäre, die Schäden allein von den Gemeinden, namentlich der Stadt Berlin, tragen zu lassen, da ein großer Teil der Schäden als Kriegsereignisse zu gelten haben, die im Kampfe zwischen Regierungssoldaten und Aufständischen entstanden sind. Die Vorlage wird der Nationalversammlung demnächst zugehen.

✦ **Der Entwurf über die Aufhebung der Ortsschulaufsicht** in Preußen wird der preußischen Landesversammlung in den nächsten Tagen zugehen. Der Entwurf sieht die völlige Aufhebung der Ortsschulaufsicht vor und führt eine Kreisschulaufsicht durch Fachmänner dafür ein. Das Gesetz soll am 1. Oktober bereits in Kraft treten.

✦ **Eine vorläufige Kommission zur Verwaltung Schleswigs** soll nach einem Beschluß der Entente gebildet werden und zwar soll diese die Verwaltung Schleswigs vom Tage der Friedensunterzeichnung an bis zum Abschluß der Volksabstimmung führen. Sie wird aus drei alliierten Vertretern, nämlich Frankreich, England und Amerika und zwei neutralen Repräsentanten, nämlich Norwegen und Schweden bestehen.

✦ **Mit den Zuständen in den Staatsbetrieben** befaßt sich augenblicklich der Haushaltsausschuß in Weimar. Nach den Erklärungen der Regierung gab es allein in den preußischen Heeresbetrieben im Frieden 22 000 Arbeitskräfte, im Kriege 128 000 und gegenwärtig noch 60 000. Für diese 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen wären jährlich Aufträge im Betrage von 700 Millionen Mark notwendig, es hatten aber nach der Revolution nur für rund 100 Millionen Mark Aufträge vorgelegen, die höchstens 20 000 Arbeiter ein halbes Jahr lang beschäftigen könnten, so daß schon jetzt 40 000 Arbeiter überflüssig sind. In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres seien so gut wie keine Einnahmen in den Heereswerkstätten erzielt worden, dagegen sind an Löhnen und Gehältern allein 72½ Millionen Mark ausgegeben worden. Ähnlich liegen die Dinge bei der Flugzeugmeisterei. In Adlershof sind gegenwärtig noch rund 6000 Zivilarbeiter beschäftigt, von denen kaum 800 für militärische Zwecke benötigt werden. Das Gleiche gilt für die Bekleidungsämter, die weit über den Bedarf besetzt sind.

✦ **Die Frage der Reichseisenbahnen** ist augenblicklich Gegenstand von Beratungen im Verfassungsausschuß in Weimar. Der preußische Eisenbahnminister Oeser versicherte, Preußen und die Mehrzahl der Länder hätten sich zu dem Beschluß durchgerungen, grundsätzlich der Übernahme des gesamten Eisenbahnwesens auf das Reich zuzustimmen. Diese Erledigung könne aber im Laufe dieses Jahres noch nicht erreicht werden, sondern müsse aus praktischen Erwägungen heraus etwa bis zum 31. März 1921 hinausgeschoben werden. Es müsse versucht werden, die gesamte Regelung durch einen Vertrag zwischen dem Reiche und den Ländern herbeizuführen, wobei über Einzelheiten in der Entschädigungsfrage nötigenfalls ein Schiedsgericht die ausschlaggebende Entscheidung zu treffen habe. Demgegenüber erhoben die Vertreter von Bayern grundsätzlich Bedenken.

Österreich.

× **Tirol will lieber neutral als italienisch sein!** Die Tiroler Landesversammlung beschloß mit den bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen, die Landesregierung solle die Pariser Friedenskonferenz davon verständigen, Tirol sei entschlossen, vom Selbstbestimmungsrechte Gebrauch zu machen und die geschlossenen deutschen und ladinischen Landesgebiete bis Salurn als selbständigen demokratischen und neutralen Freistaat Tirol auszurufen, falls nur dadurch die Einheit dieses Gebietes erhalten werden könne. Sie erklärt aber, falls Südtirol abgetrennt werden sollte, werde sich das übrige Tirol zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Deutschen Republik anschließen.

× **Bei den Landtagswahlen** in Wien und Niederösterreich haben nach den bis jetzt vorliegenden Berichten die Sozialdemokraten prozentual eine starke Einbuße erlitten, während die Christlich-Sozialen eine starke Zunahme zu verzeichnen haben. Auch das prozentuale Anwachsen der tschechisch-nationalen Stimmen ist bemerkenswert, während die deutsch-liberalen und die deutsch-nationalen Stimmen, wie es scheint, zurückgegangen sind.

Belgien.

× **Einführung des Achtstundentages.** Die Studienkommission für die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in Bergwerken sprach sich für die Einführung des 8½stündigen Arbeitstages ab 1. Juni und des Achtstundentages ab 1. Dezember d. Js. aus. Die Arbeitszeit der Bergleute über Tag darf vom 1. Juli d. Js. ab neun Stunden nicht überschreiten.

Aus In- und Ausland.

Wien. Die deutsch-österreichische Friedensgesandtschaft, die am 12. Mai in Saint Germain eintrifft, wird aus 30 Personen bestehen. Mit der Führung der Abordnung ist der ehemalige österreichische Justizminister Dr. Franz Klein betraut.

Wien. Die gesamte Lehrerschaft Deutschböhmens veranstaltete eine Protestkundgebung gegen das von der tschechoslowakischen Regierung verlangte Treugelöbnis für den tschechoslowakischen Staat.

Innsbruck. Exkönig Ludwig von Bayern ist an Lungenentzündung schwer erkrankt.

Haag. Amtlich wird aus London gemeldet, daß die Bolschewiki einen heftigen Angriff auf der Dünafront unternommen haben, wobei Kanonenboote die Stellungen der alliierten Truppen beschossen. Sie wurden aber gezwungen, sich zurückzuziehen.

Paris. In der Nähe von Clemenceaus Wohnung wurde ein Individuum von 19 Jahren verhaftet. Man fand einen kleinen Dolch und eine anarchistische Broschüre vor. Der Name des Mannes ist Cornillon; er gab zu, daß er die Absicht hatte, Clemenceau zu ermorden.

Es kriselt in Versailles!

Graf Brockdorff-Rantzau regt sich.

Es ist schon lange etwas faul im Staate Frankreich und in der Entente; das kann ein Blinder mit dem Stock fühlen. Italien ist bereits seiner Wege gegangen und die übriggebliebenen Ententegenossen lieben sich wie Hund und Katze. Der Friedensvertrag, an dem nun schon ein halbes Jahr in der Dunkelkammer herumgebastelt wird, kann dabei natürlich nicht fertig werden. Hier hat unser Vertreter Graf Rantzau geschickt eingehakt, wie folgendes Telegramm meldet:

Versailles, 5. Mai. Die deutsche Friedensdelegation ließ gestern amtlich bei den Ententeregierungen anfragen, wann der Friedensvertrag nun überreicht werde. Die Entente erteilte bisher keine Antwort.

Wie weiter dazu von Berliner amtlicher Stelle mitgeteilt wird, wurde den Ententevertretern lediglich mitgeteilt, die der deutschen Friedensdelegation angehörenden Minister Giesberts und Landsberg müßten nach Berlin wegen unaufschieblicher Geschäfte abreisen, falls bis Montag nachmittag 5 Uhr kein bestimmter Termin für den Beginn der Verhandlungen festgesetzt sei. Diese Abreise ist tatsächlich notwendig und ändert an den Fortbestand der deutschen Delegation in Versailles nichts. Die Minister würden, wenn während ihrer Abwesenheit der Zeitpunkt des Verhandlungsbeginns bekannt würde, sofort nach Versailles zurückkehren. Von einem Zwist in der deutschen Delegation, über den Gerüchte umliefen, kann natürlich gar keine Rede sein. Die in französischen Blättern laut gewordene Bemängelung der Zuständigkeit der deutschen Friedensdelegation ist hinfällig. Die verfassungsrechtliche Lage ist so, daß das Reich allein für den Friedensvertrag zuständig ist, keineswegs besondere Landesvertretungen, von denen in der französischen Presse die Rede war.

Rücktritt der französischen Sozialisten aus der Konferenz.

Nicht nur die Verbündeten machen sich gegenseitig die größten Schwierigkeiten, auch die französischen Sozialisten verweigern jetzt die Gefolgschaft.

Versailles, 5. Mai. Clemenceau teilte im Ministerrat mit, daß der Generalsekretär der französischen Arbeitervereine, Jouhaux, sein Mandat als Delegierter der Arbeitergewerkschaften bei der Pariser Konferenz zum Protest gegen die Haltung der französischen Regierung bei der Maifeier niedergelegt habe.

Jouhaux erklärt, da die französische Regierung den Arbeitern die Freiheit verwehre, könne der Vertreter der Arbeiter auf der Konferenz gleichfalls keine Freiheit besitzen. Aus dem gleichen Grunde sind auch die sozialistischen Regierungskommissare für Ackerbau und Handelsmarine gemäß Aufforderung ihrer Partei zurückgetreten.

Schikanen der französischen Behörden.

Es wird immer offensichtlicher, so versichern die Mitglieder unserer Friedensdelegation, daß die Franzosen die deutsche Berichterstattung unmöglich machen oder doch auf zeitraubende Kurierbeförderung beschränken wollen, um mit eigener Berichterstattung allein auf Freund und Feind und namentlich auf Neutrale zu wirken. Die meisten der aufgelieferten Telegramme mußten den deutschen Pressevertretern größtenteils unbefördert zurückgegeben werden, weil die von den Franzosen gestellten gänzlich veralteten und durch fortwährende Einschaltung französischer Abhörvorrichtungen gestörten Apparate versagen und die guten von der deutschen Delegation mitgebrachten Siemensapparate auf Befehl der Franzosen unausgepackt auf dem Bahnhof zurückgelassen werden mußten. Dieser Zustand ist unhaltbar, daher wurden nochmals ernste Vorstellungen seitens der deutschen Delegation gemacht.

Die Hetze gegen Wilson.

Der Ton der Pariser Presse gegen Wilson wird zunehmend gereizt und sehr ungezogen. So dankbar die französische Presse die vollkommene Unkenntnis Wilsons in der elsaß-lothringischen Frage quittiert hat, als sie sich hiervon einen französischen Vorteil versprach, so barsch verbittet sie sich jetzt den grundsätzlichen Anspruch Amerikas zur Einmischung von amerikanischen Staatsmännern in unbekannte europäische Verhältnisse. — Eine kleine Erleichterung für die Entente ist die Meldung aus Brüssel, derzufolge sich Belgien trotz aller Bedenken entschlossen hat, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Folgen des deutschen Bankbeamtenstreiks.

Bei den Lebensmittelverhandlungen der Sonderkommission in Versailles sind die schweren Folgen des deutschen Bankbeamtenstreiks sehr unangenehm in die Erscheinung getreten. Er hat es unmöglich gemacht, daß wir Lebensmittel mit beschlagnahmten Auslandswerten bezahlten, weil die Ausführung der Beschlagnahme um Wochen vertagt werden mußte. Die Verbündeten aber drangen darauf, daß die Lebensmittel sofort bezahlt werden, und so bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere zusammengeschmolzene Goldreserve um weitere Hunderte von Millionen zu verringern.

Verlegung der N.-V. nach Berlin.

(Alarmbereitschaft des Reichsparlaments.)

Berlin, 3. Mai. Der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, hat an die Mitglieder der Versammlung folgendes Telegramm gerichtet:

Die Sitzung der Nationalversammlung am 6. Mai fällt aus, ebenso alle Fraktionssitzungen. Der Ernst der Verhältnisse verlangt, daß sich alle Mitglieder vom 7. Mai ab zur sofortigen vorübergehenden Einberufung nach Berlin bereit halten.

Ferner ist auch die Sitzung des Haushaltsausschusses, die in Weimar stattfinden sollte, auf Mittwoch, den 7. Mai nach Berlin einberufen worden.

Keine polnischen Angriffsabsichten.

Erklärung Paderewskis.

Spaa, 5. Mai.

Der polnische Ministerpräsident Paderewski hat der Waffenstillstandskommission durch französische Vermittlung eine Note folgenden Inhaltes überreichen lassen:

1. Polen wird die im Waffenstillstand mit Deutschland festgesetzten Bedingungen in jeder Hinsicht beachten.

2. Es hat keine Angriffsabsichten auf Posen und Oberschlesien.

Weiter heißt es in der Note: In den oben genannten Gegenden hat keinerlei Verstärkung polnischer Truppen stattgefunden. Die von Warschau eingegangenen Nachrichten versichern außerdem, daß keinerlei polnische Verstärkungen nach Posen in Marsch gesetzt worden sind. Die Truppen des Generals Haller sind lediglich aus Gründen der Transporterleichterungen durch Gegenden in der Nähe von Oberschlesien marschiert. Sie haben dort keinen Mann zurückgelassen. Demnach dürften die obengenannten Erklärungen über die Lage in Oberschlesien und Posen der deutschen Regierung keinerlei Grund zur Beunruhigung geben.

Vom Tage.

Die französische Regierung ließ durch den Oberst Henry den Grafen Brockdorff-Rantzau fragen, ob es wahr sei, daß die deutsche Regierung den Prinzen Heinrich von Preußen als Vertreter des Marineministeriums an der Spitze einer neuen Abordnung nach Versailles entsandt habe? Brockdorff-Rantzau konnte natürlich erklären, daß er von einer solchen Mission des Prinzen keine Ahnung habe. So töricht die ganze Nachricht auch ist, so kennzeichnet sie doch trefflich die Atmosphäre des Mißtrauens, in der man sich in Versailles bewegt. Das eröffnet ungeahnte oder vielmehr vielfach geahnte Ausblicke auf den weiteren Verlauf der Friedensverhandlungen.

•

In der Verbandspresse hat ein höchst belustigendes Rätselraten über das künftige Schicksal Kiautschous eingesetzt. Kein Mensch weiß, was aus dieser Perle unter den deutschen Kolonien werden soll, aber jeder behauptet, es ganz genau zu wissen. Während die einen Kiautschou großmütig den Chinesen zurückgeben, erklären die andern mit großer Bestimmtheit, daß es trotz und alledem an Japan fallen werde. Nun hat aber ein hochgestellter Amerikaner mit erfrischender Eindeutigkeit die Berichte über Kiautschou als eine „gefährliche Lüge" bezeichnet. Wobei leider nicht ganz klar wird, was nun eigentlich Lüge ist: die chinesische Lösung, die japanische Lösung oder alle beide.

•

Während die gegenwärtige Gewaltherrschaft in Ungarn ihrem Ende entgegenzugehen scheint, haben sich die ungarländischen Deutschen, die bisher unterdrückt waren, wieder aufgerafft, um neue Kulturarbeit zu leisten. Dieser Wiederaufbau deutscher Kultur beginnt sich besonders in Westungarn geltend zu machen. Vor allem werden die deutschen Siedlungsgebiete sprachlich abgegrenzt. Binnen kurzer Zeit wurden bereits 400 westungarische Schulen aufs neue verdeutscht. In Budapest wird demnächst ein deutsches Theater errichtet, wobei die Heranziehung namhafter Künstler vom Auslande geplant ist. Als bemerkenswert sei noch hervorgehoben, daß der Leiter der Gruppe für Literatur und Kunst in der ungarischen Räteregierung eine Neugestaltung der gesamten ungarischen Literatur plante. Die Zensur, so meinte er, werde sich auch in der Literatur nicht vermeiden lassen, aber die Schriftsteller müßten selbst zensurieren. Zu diesem Zwecke sollte gleichsam ein literarisches Geschworenengericht gebildet werden, dessen Hauptziel die endgültige strenge Scheidung zwischen der eigentlichen Literatur und der Zeitungsliteratur sein sollte. Die Vereinigung dieser beiden Kategorien habe es verursacht, daß die Journalistik das gesamte Schrifttum — „verseuchte".

Welt- und Volkswirtschaft.

Die Gefahren des Schuhmangels.

Von vielen Seiten werden Klagen laut über die immer mehr wachsenden Schwierigkeiten der Schuhbeschaffung. An Ersatzschuhwerk herrscht kein Mangel, aber man ist trotzdem berechtigt, von einer allgemeinen Schuhnot in Deutschland zu sprechen. Ganz abgesehen von der äußeren entsetzlichen Form des Ersatzschuhes, liegt in ihm eine große gesundheitliche Gefahr gerade für Jugendliche, denn die starke Holzsohle leistet der Plattfußbildung Vorschub, und Fachleute versichern, daß die gesundheitlichen Folgen dieses Kriegs-Ersatzschuhes für die heranwachsende Jugend kaum wieder auszugleichen seien. Es muß deshalb gerade aus diesem Grunde auch von den maßgebenden Stellen etwas geschehen, um die Schuhnot zu beseitigen. Gerüchtweise verlautete auch, daß einzelne Schuhhersteller mit der Anfertigung guter Lederschuhwaren zurückhielten, um die Verbraucher zunächst zum Kauf der Kriegsersatzstiefel zu zwingen. Es ist begreiflich, daß die Schuhwarenfabrikanten sich gegen die Einfuhr ausländischer Schuhwaren sträuben, die mit dem Augenblick der Aufhebung der Blockade zu erwarten ist, denn vom Auslande, besonders von Amerika, werden bereits für Deutschland große Massen von Stiefeln bereitgehalten. Solange aber unsere Inlandsversorgung nicht genügt, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, müssen unbedingt alle Bedenken gegen die Einfuhr zurücktreten, denn es geht wirklich nicht an, daß nur, wie es unter den jetzigen Verhältnissen der Fall sein würde, etwa die Hälfte der Bevölkerung ein Paar Schuhe jährlich erhält, während die andere Hälfte barfuß laufen kann oder sich mit Ersatzstiefeln abfinden muß.

* **Freier Auslandshandel.** Um den Handel und die Verpflegung zu erleichtern, beschloß der Rat der Alliierten auf eine Empfehlung der Blockadesektion hin, daß von jetzt an Waren nach Deutschland gesandt werden sollen mit Ausnahme von Munition, unter der Bedingung, daß diese Sendungen durch eine besondere Ermächtigung der interalliierten örtlichen Ausschüsse oder in den Ländern, wo diese Ausschüsse nicht bestehen, durch eine Ermächtigung der Verpflegungsausschüsse gestattet werden.

* **Auch eine Streikfolge.** Die Firma Krupp in Essen teilte ihren Arbeitern mit, das neutrale Ausland vergebe, obwohl es seine Aufträge viel lieber nach Deutschland gebe, seine Bestellungen neuerdings nach Amerika und England, weil es infolge der vielen Streiks befürchte, die Bestellungen würden nicht erledigt. Krupp habe mehrere Aufträge, auf die er großen Wert legte, infolgedessen verloren.

* **Argentinische Ausfuhrwaren für Deutschland.** Bei der deutschen Finanzkommission in Versailles ist die Meldung eingelaufen, daß Deutschland in Argentinien 135 000 Tonnen Weizen und 20 000 Tonnen Leinsamen gekauft hat. Die Entente wurde hiervon verständigt und schickt 250 000 Tonnen Schiffsraum nach La Plata, so daß noch für weitere 100 000 Tonnen Einkaufsschiffsraum gesichert sind.